

Thesenpapier zur Fachtagung: Zukunftsfähige Energiepolitik für Baden-Württemberg in ökologischer, ökonomischer und sozialer Perspektive

von Dr. Brigitte Dahlbender, 23.04.2010, Bad Boll

Was ich will: Die Schlagwörter mit Zahlen, Daten Fakten hinterlegen. Damit wir alle sicher argumentieren können. Und zwar über unsere grundsätzlichen Argumente zur Sicherheit, Endlagerung und Zukunftsfähigkeit hinaus. Lassen sie sich, lassen wir uns nicht verunsichern vor den Lügen und falschen Argumenten der Stromkonzerne und der Landesregierung.

1. Wir haben ausreichend Kapazität an erneuerbaren Energien in Deutschland – Deutschland hat unendlich viel Energie. Das gilt auch und gerade für Baden-Württemberg

Wir haben in Baden-Württemberg hervorragende natürliche Voraussetzungen für die Nutzung von erneuerbaren Energien: Hohe Sonneneinstrahlung, hoher Anteil an forstlichen und landwirtschaftlichen Flächen, für Wasserkraft nutzbare Gewässer, eine gute geothermische Beschaffenheit und mehr gute Standorte für Windkraft als zurzeit ausgewiesen sind.

Baden-Württemberg zeichnet sich aus durch Wirtschaftsstärke, einen hohen Anteil an Hochtechnologiebranchen und einer großer Dichte an Forschungseinrichtungen: Wir sind prädestiniert für die Weiterentwicklung und Umsetzung der Energiewende.

Baden-Württemberg ist Vorreiter bei der erneuerbaren Wärmeerzeugung. Nirgendwo sonst in Deutschland wird soviel Wärme auf Basis von Holz, Solar- und Erdwärme erzeugt. Dies macht deutlich, wie stark die Landesregierung etwa durch das erneuerbare Wärmegesetz in der Lage ist, Rahmenbedingungen zu setzen, innerhalb derer wirkungsvolle Maßnahmen zum Klimaschutz ergriffen werden können und sich gleichzeitig Handwerk und Unternehmen der Erneuerbaren-Energie-Branche entwickeln können. Zudem gibt es in Baden-Württemberg eine hohe Nutzung des Photovoltaik (PV)-Potenzials: ein Fünftel der in Deutschland installierten Leistung steht in Baden-Württemberg.

Demgegenüber steht die immer noch restriktive Praxis der Genehmigung von Windkraftanlagen. Wir stehen im deutschlandweiten Ländervergleich auf dem letzten Platz der großen Flächenländer. Die Signale stehen auf Verbesserung. Doch wir müssen noch viel Politik machen, damit sich dies auch in den Planungen (Landesentwicklungsplan, Raumordnung) widerspiegelt.

Wir vertun hier enorme Chancen für den Arbeitsmarkt: Beschäftigte in der PV-Branche belegen im Stellenvergleich den mittleren Platz, bei den erneuerbaren Energien befinden sie sich im unteren Drittel und bei der Windenergie belegen sie sogar den letzten Platz. So ist auch nicht verwunderlich, dass Baden-Württemberg mit einem Anteil von zehn Prozent der erneuerbaren Energien an der Nettostromerzeugung nur auf Platz zehn der Liste im Ländervergleich liegt.

Obwohl wir eine so hohe Dichte an Forschungseinrichtungen haben, sind die Ausgaben des Landes für die Forschung in diesen Bereichen äußerst gering.

2. Die Maßnahmen für die Energiewende sind bereits jetzt einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren. Zahlen für Deutschland

- rund 300.000 Beschäftigte
- 16,1% Stromverbrauch, 8,5 % Wärmeverbrauch

- Anteil am gesamten Energieverbrauch rund 10,12 %
- CO₂-Einsparung 107 Mio. Tonnen davon Strom 71 Mio. Tonnen
- Exportvolumen (Anlagen und Technik): 12 Mrd. €
- Weltmarktanteil Windenergie 25 %
- Spitzenreiter in installierter Leistung PV-Anlagen und 2. Platz Windkraft Entwicklung zur Zeit

3. Die Zukunft der Wirtschaft in Baden-Württemberg liegt in der Umweltbranche auf allen Gebieten, denn

- der Öl-/Gaspreis wird wieder steigen
- die Branche will bis 2020 rund 200 Mrd. € in Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien investieren
- die Beschäftigungszahlen sollen bis 2020 auf 500 000 Menschen steigen

Nur zwei Beispiele zum Ist-Zustand:

Energiesparen hat Konjunktur und dies stabilisiert die Wirtschaft. Allein in der Fensterbaubranche arbeiten in Deutschland 100.000 Menschen. Die Unternehmen erwirtschaften rund 8,5 Mrd. € jährlich. Vierfünftel des Geschäfts drehen sich um den Ersatz veralteter Fenster. Nach Aussagen des Fensterbauers Kneer-Südfenster sind der Hauptgrund dafür: Klimaschutz und Heizkostensparnis.

Die Bauwirtschaft setzt auf erneuerbare Energien. Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird für die Bauindustrie und die Baustoffhersteller zum Wachstumsmarkt. Geothermie: 25 Mrd. € Bauvolumen (Gutachten Deutsche Bank). Noch nicht betrachtet ist dabei die Wärmedämmung.

All das sichert Arbeitsplätze. Und ist nur ein kleiner Ausschnitt der wirtschaftlichen Entwicklungen, mit denen bei einer konsequenten Energiepolitik in allen Bereichen zu rechnen ist wie Mobilität, Nahrungsmittel, Bekleidung.

Damit will ich nun nicht eine Debatte über Wachstumswahn, unbegrenzten Wachstum und Verbrauch der natürlichen Ressourcen das Wort reden. Doch wer die Energiewende erreichen will, befördert damit natürlich auch Wachstum in den dafür notwendigen Branchen.

Die Lebensstildebatte und die Neudefinition von Wohlstand als ökologischen und sozial gerechten Wohlstand müssen und werden wir davon unberührt führen.

4. Die Laufzeitverlängerungen der Atomkraftwerke werden diese Entwicklung verlangsamen, auf Jahre hinaus zurückwerfen und verhindern

Die Laufzeitverlängerung der AKWs wird diese Entwicklungen blockieren. Schon jetzt beträgt der Investitionsstau, ausgelöst durch die Debatte um Laufzeitverlängerungen mehr als 8 Mrd. €.

Einer der deutlichsten Belege dafür sind die baden-württembergischen Kommunen, die laut und deutlich gegen die Laufzeitverlängerungen und damit auch gegen die Politik Laufzeitverlängerungen plus Kohlekraftwerksneubau bundesweit protestieren. Die Kommunen, von den Landes- und Bundespolitikern immer gerne als die Kräfte in unserem Land mit den größten Chancen und Möglichkeiten zur Energieeinsparung und Klimaschutz betrachtet, nehmen ihre Verantwortung

zunehmend ernst. Nicht zuletzt auch deshalb, weil sie auf ihre Handwerker, die Mittelständischen und kleinen Unternehmen aus der Energiebranche vor Ort hören.

Die Stadtwerke drohen massiv mit der Stornierung ihrer geplanten Milliardeninvestitionen in neue klimafreundliche Kraftwerke. Die Stadtwerke, die rund zehn Prozent der Energie in Deutschland erzeugen, befürchten durch eine Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke massive Marktverzerrungen zugunsten der vier großen deutschen Reaktorbetreiber E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall. Deren Vormachtstellung bei der Stromproduktion würde Gutachten zufolge durch eine Verlängerung der AKW-Laufzeiten auf Jahre fortgeschrieben.

Der Verband Kommunaler Unternehmen (VKU) hat die Stadtwerke unterstützt. Viele Stadtwerke hätten im Vertrauen auf das Auslaufen der Kernkraftwerke ihre Investitionen geplant. Wenn nun die Kernkraftwerke länger am Netz blieben, verstopfe das den Erzeugungsmarkt und zementiere die oligopolistischen Strukturen. Eine Laufzeitverlängerung nimmt der Umstrukturierung der Energieerzeugung die erforderliche Dynamik.

Eine Laufzeitverlängerung wird zu einer massiven Wettbewerbsverzerrung zugunsten der Stromkonzerne und zu Ungunsten der Stadtwerke führen. Der Ausbau einer dezentralen Energieversorgung wird massiv behindert, wenn nicht gar verhindert. Gerade auch der Ausbau der Kraftwärmekopplung, immerhin peilt die Landesregierung hier 20 % bis 2020 an, wird dadurch verhindert werden. Das Energiekonzept 2020 und das Klimaschutzkonzept der Landesregierung werden durch die Atompolitik ad absurdum geführt.

5. Die Endlagerfrage und die Standortsuche wird uns in Baden-Württemberg einholen – Die Landesregierung handelt nach dem Sankt Florians Prinzip

Spätestens seit den Wassereinbrüchen von Asse ist auch den Politikern von Union und FDP klar, dass Gorleben als Standort für ein atomares Endlager ungeeignet ist. Spätestens wenn in der Schweiz ein atomares Endlager in den Tonschichten am Hochrhein genehmigt wird, werden wir die Diskussion um einen Standort in Baden-Württemberg haben.

Die Politik der Landesregierung, Gorleben muss so schnell wie möglich genehmigt werden, entspricht einer Sankt-Florians-Politik. Die Parole „Augen zu und durch“ wird nichts nützen. Die Tonschichten an der Donau bei Riedlingen werden als Lager diskutiert werden. Und dann muss sich die CDU-Führung den Auseinandersetzungen mit ihrer eigenen Basis stellen, die mehrheitlich keine Atomenergienutzung will. Und unter den Demonstranten gegen die Atomenergie werden sie ihre eigene Parteibasis finden.

6. Baden-Württemberg braucht keinen Atomstrom

Wer Atomkraftwerke als Klimaschutzretter bezeichnet, ist blind für die CO₂ Produktion bei Abbau und Gewinnung von Uran anderenorts und bei dem späteren Abbau der AKWs sowie der Endlagerung: Wer die ganze Produktkette im Auge hat, weiß: Atomkraft ist nicht CO₂-frei. Das größte Problem ist jedoch der schlechte Wirkungsgrad. Bezieht man die Nutzung der Abwärme ein, dann sind effiziente große Kraftwerke, die beides nutzen – auch wenn sie den fossilen Energieträger Gas nutzen – stehen in der Gesamtbilanz besser da als Atomkraftwerke.

Der Neubau von Kohlekraftwerken ist völlig unnötig. Bereits 2010 werden erneuerbare Energien in Deutschland 110 Terrawattstunden (TWh) Strom liefern. Die fünf Atomkraftwerke, die laut Atomausstiegsgesetz bis dahin stillgelegt werden sollten, liefern zusammen lediglich 28 TWh Strom.

Fahren wir in Deutschland mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien so fort, dann werden wir ab 2016 so viel Strom aus regenerativen Quellen produzieren, wie alle AKWs in Deutschland zusammen. Das hat auch Bundesumweltminister Norbert Röttgen zugegeben.

In Baden-Württemberg stoßen diese Argumente bei den Politikern auf taube Ohren. Ihr Interesse an Laufzeitenverlängerungen hat einen einfachen Grund: Sie hoffen auf mehr Einnahmen für den Landeshaushalt und haben diese schon fest eingeplant.

Schalten wir die fünf AKWs nach Atomausstiegsgesetz ab, wird das sowieso keiner merken. Schließlich wurden die alten Kraftwerke zur Rettung der Restlaufzeiten über den Regierungswechsel in 2009 hinweg stark gedrosselt oder sogar ganz herunter gefahren. Keiner hat es gemerkt und bei niemandem ist dass Licht ausgegangen.

7. Atomstrom und fossile Energie führen ins Desaster der sozialen Deklassierung – Energiewende sichert Klima- und Energiegerechtigkeit

Energiewende für soziale Gerechtigkeit bei uns

Energieeinsparung, Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Vermeidung, Verlagerung, (technische) Verbesserungen: Werden erneuerbare Energien frühzeitig ausgebaut, wird sich das, nach anfänglichen Mehrkosten Preis dämpfend auswirken: Werden technische Optimierungen konsequent umgesetzt, wird sich die Preisspirale – anders als bei fossilen Energieträgern – nach unten drehen.

Wenn wir jetzt nicht umsteuern, werden sich auch in unserem Land in einigen Jahren nur noch die Menschen Mobilität, komfortable Wärme etc. leisten können, die gut verdienen. Auch bei uns wird es eine soziale Deklassierung aufgrund der Energiekosten geben.

Klimagerechtigkeit und Energiewende weltweit

Der Klimawandel trifft Mensch und Natur weltweit in einem Ausmaß, das historisch beispiellos ist. Die Lebensgrundlagen Millionen von Menschen, besonders in den Entwicklungsländern, sind extrem gefährdet: die Bewohner untergehender Pazifikinseln, Millionen von Menschen in den besonders bedrohten Küstenzonen Asiens oder Afrikas, die Armen auf allen Kontinenten, die auf schlechte Böden abgedrängt wurden, an abrutschgefährdeten Hängen oder häufig überschwemmten Flussabschnitten siedeln; die keine Möglichkeit haben, Vorräte anzulegen und kaum Zugang zu Informationen oder medizinischer Versorgung haben. Diese Menschen müssen gleichzeitig mit Ernteaussfällen, unzeitigen Regenperioden, Überschwemmungen sowie versalzenden Böden kämpfen.

Die Ursachen sind bekannt: Der Zusammenhang zwischen dem Ausstoß von Kohlendioxid, Klimawandel und den genannten Folgen ist heute unbestreitbar und wird mittlerweile von allen Regierungen anerkannt. Anerkannt ist auch die zentrale Rolle der Zivilgesellschaft bei der Prävention weiterer Katastrophen. Und es ist eindeutig, dass der Klimawandel kein rein technologisches Problem ist, sondern vor allem eine Frage der Nord-Süd-Gerechtigkeit. Denn der Klimawandel ist eine Folge des Mangels an Verantwortung und Gerechtigkeit gegenüber den besonders betroffenen Menschen in Entwicklungsländern, gegenüber den nachfolgenden Generationen und gegenüber der Schöpfung. Wir sprechen von nichts Geringerem als einem gigantischen Umverteilungsprozess zugunsten der Industrienationen. Wir verbrauchen mit unserem energieabhängigen Wirtschaftswachstum und ressourcenintensiven Lebensstil die Ressourcen und Lebenschancen armer Bevölkerungsgruppen im Süden. Wir brauchen also Klimagerechtigkeit!

Deshalb gehören für „Brot für die Welt“ eine zukunftsfähige Klimapolitik und Entwicklungspolitik untrennbar zusammen.

Die Bekämpfung des Klimawandels ist der zentrale Prüfstein für eine solidarische Weltgesellschaft – für eine Weltgesellschaft, die lernen muss, mit den allen Menschen zur Verfügung stehenden Gemeinschaftsgütern verantwortungsbewusst und gerecht umzugehen.

Wir müssen in Politik und Gesellschaft dringend darüber diskutieren, wie wir das Wachstumsmodell der Industrieländer durch zukunftsfähige Produktions- und Konsummuster ablösen können – für uns und die Weltgemeinschaft. Wir haben mit unserer Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ einen ersten wichtigen Beitrag geleistet.